

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 7. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. August 2005, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

in Vertretung von Hans-Jörn Arp

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht zur Fusion der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein zum gemeinsamen Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein für das Jahr 2004	4
Vorlagen des Innenministeriums Umdrucke 16/104, 16/119 und 16/141	
2. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/177	
3. Information/Kennntnisnahme	8
4. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht zur Fusion der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein zum gemeinsamen Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein für das Jahr 2004

Vorlagen des Innenministeriums

Umdrucke 16/104, 16/119 und 16/141

Auf Nachfrage des Vorsitzenden führt AL Dr. Lutz aus, der Jahresabschluss des Statistischen Amtes sei im Juli vorgelegt worden. Man habe bei einem Haushaltsvolumen von 29,5 Millionen € mit nur 72.950,30 € Fehlbetrag beinahe das angestrebte Ergebnis erzielt. Das Thema Ressortbudgetierung werde intensiv verfolgt. Hintergrund sei die Beobachtung, dass das Ziel der Eindämmung von Statistiken mit der bisherigen Konstruktion nicht erreichbar sei. Die Fachressorts würden begründen, warum man auf die Statistiken nicht verzichten könne, das Innenministerium müsse diese Statistiken jedoch bezahlen. Es gebe daher seit langem die Überlegung, die inhaltliche und finanzielle Verantwortung zusammenzulegen. Man brauche für einen solchen Schritt jedoch belastbares Zahlenmaterial. Die Kosten- und Leistungsrechnung werde in diesem Jahr zum ersten Mal auch statistikbezogene Erkenntnisse zulassen, was ein großer Fortschritt sei. Der Plan sei nun, ab 2007 erstmals von den Ressorts in Auftrag gegebene Statistiken mit diesen selbst abzurechnen. In einem nächsten Schritt sollten dann auch die vorhandenen Statistiken den einzelnen Ressorts zugeordnet werden. Diese Aufgabe sei nicht einfach, weil viele Statistiken mehrere Ressorts betreffen. Als Ergebnis erwarte er, dass auch im Jahr 2010 der Innenminister noch der größte Zahler der Statistiken sei. Man stehe weiterhin auch mit Hamburg in Verhandlungen und diese Idee habe auch dort Anklang gefunden.

P Dr. Altmann merkt kritisch an, dass seiner Ansicht nach das Synergiepotenzial bedeutend höher sei als vorgetragen. Er hält weitere Einsparungen für notwendig und zeigt sich unzufrieden mit der bisherigen Antwort des Statistischen Amtes auf Fragen des Landesrechnungshofs. Ihn interessiert, auch im Vergleich zu den Budgetzahlen des vergleichbaren Statistischen Landesamtes des Landes Rheinland-Pfalz, ob nicht weitere Einsparmöglichkeiten gesehen würden, wenn man ein Ein-Standort-Modell verfolgte.

AL Dr. Lutz hält dagegen, dass bis zum Jahr 2010 die Personalkosten um insgesamt 15 % reduziert werden sollten, und zwar mithilfe einer jährlichen Absenkung durch Fluktuation um 3 %. Schon diese Absenkung sei eine optimistische Planung. Betriebsbedingte Kündigungen seien keine Lösung, da diese vor dem Arbeitsgericht aller Erfahrung nach keinen Bestand hätten.

Bei der Fusion des Hamburger Landesamtes für Informationstechnik mit Dataport habe man Wert darauf gelegt, dass Dataport in Schleswig-Holstein verbleibe. Als Ausgleich sei damals beschlossen worden, dass man den Rechtssitz des Statistischen Amtes nach Hamburg verlege. Eine Ein-Standort-Lösung hieße, dass 242 Beschäftigte aus Kiel zukünftig in Hamburg arbeiten müssten. Die Landesregierung Schleswig-Holstein habe dies aus politischen Gründen nie erwogen. Weiterhin führt er aus, der Vergleich mit Rheinland-Pfalz sei nicht vollständig möglich, weil dort nur jeweils eine Statistik erstellt werden müsse, in Schleswig-Holstein und Hamburg jedoch jeweils eine.

P Dr. Altmann wendet ein, er erwarte von den Betroffenen und den Ressorts in der Frage der Personalkosteneinsparungen mehr Flexibilität, um zu den notwendigen Einsparungen zu kommen.

Abg. Astrup nimmt den Einwand des Landesrechnungshofs zur Kenntnis, führt aber aus, die Entscheidung der Landesregierung, den schleswig-holsteinischen Standort beizubehalten, habe Bestand. Darüber hinaus ist er ebenfalls der Auffassung, dass die Situation in Rheinland-Pfalz beziehungsweise in Hamburg und Schleswig-Holstein trotz ähnlicher Bevölkerungszahlen nicht vergleichbar sei.

Auf eine Nachfrage von Abg. Koch führt AL Dr. Lutz aus, über die 15 % Einsparungen bei den Personalkosten hinaus seien weitere Einsparungen zum Beispiel bei Sachkosten möglich, für den Moment solle man jedoch über die 15 % schon froh sein.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/177

hierzu: Umdrucke 16/11, 16/63, 16/108, 16/112, 16/126, 16/129, 16/131, 16/137, 16/139, 16/140, 16/ 142, 16/143, 16/145, 16/149, 16/150, 16/154, 16/158, 16/167, 16/168, 16/169, 16/171, und 16/181

M Wiegard bringt die Änderungsvorschläge der Landesregierung – Umdruck 16/142 - ein, die von den Koalitionsfraktionen als Antrag übernommen werden.

VP Qualen weist darauf hin, dass die in der vergangenen Sitzung von ihm gerügte Verwendung von Rücklagen zur Auflösung der globalen Minderausgabe rechtlich zulässig sei.

Abg. Spoorendonk bringt den Änderungsantrag des SSW - Umdruck 16/169 - ein und appelliert an die Abgeordneten, dem Änderungsantrag zuzustimmen. Sie weist darauf hin, dass der Dänische Schulverein das Geld für Bauvorhaben benötige.

M Wiegard erwidert, man habe die Angelegenheit geprüft und sei der Auffassung, dass das Geld für die Beendigung des Bauvorhabens in Husum nicht benötigt werde. Dies sei der Anlass dafür, die Mittel von 41.000 € nicht freizugeben.

Nach kurzer Diskussion lehnt der Ausschuss den SSW-Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/181, wird von Abg. Müller kurz erläutert. Auf seinen Antrag stimmt der Ausschuss getrennt über den Sperrvermerk zum Kulturzentrum Salzau und über den restlichen Antrag ab. Der Änderungsantrag zum Sperrvermerk wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt, der restliche Antrag wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur Beamtenbesoldung und zum Schleswig-Holstein-Fonds - Umdruck 16/168 - wird von Abg. Astrup erläutert. - P Dr. Altmann fügt hinzu, der Landesrechnungshof sei ausdrücklich einverstanden. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ebenfalls einstimmig wird der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 16/167, angenommen.

Die Vorschläge der Landesregierung aus Umdruck 16/142 werden von den Fraktionen von CDU und SPD übernommen. Der Ausschuss nimmt den Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Der interfraktionelle Antrag zu den Fraktionsmitteln, Umdruck 16/63, wird einstimmig so beschlossen.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/177, mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Im Hinblick auf die Sitzung vom 11. August 2005 stellt P Dr. Altmann klar, der Landesrechnungshof habe in seiner Stellungnahme zum Nachtragshaushalt - Umdruck 16/150 - eine zweite Lesung des Nachtragshaushalts nicht generell, sondern nur in besonderen Fällen für empfehlenswert erachtet.

Abg. Astrup bemerkt, man habe den Brief des Landesrechnungshofs so verstanden, teile die Auffassung jedoch nicht.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/136 - Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Umdruck 16/138 - Stiftung Schloss Glücksburg

Den Umdruck 16/136 - Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte – nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Zum Umdruck 16/138 - Stiftung Schloss Glücksburg - bemerkt der Vorsitzende, dass es keine hinreichenden Inventarlisten des Mobiliars in Schloss Glücksburg gebe und man nicht nachvollziehen könne, welche Güter dem Land Schleswig-Holstein und welche der Familie gehörten. Zudem sei es zu Unstimmigkeiten gekommen. Der Vorsitzende bittet die Staatskanzlei, ihre jetzige Aussage mit den Aussagen vom 25. August 1999 abzugleichen. Er kündigt an, diesen Punkt wieder auf die Tagesordnung zu setzen, sobald die Stellungnahme der Staatskanzlei vorliege.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunkts möchte Abg. Müller wissen, ob der in Umdruck 16/108 – Influenza-Pandemie-Vorsorge - verwendete Kostenschlüssel auch in Zukunft Verwendung finden werde.

St Dr. Wulff führt aus, es handele sich um einen einmaligen Schlüssel.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer